

Protokoll:

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke führt aus, dass es in der Innen- und Altstadt insbesondere in den frühen Morgenstunden sehr gefährlich geworden sei. Daher stelle seine Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung Gespräche mit allen Beteiligten führe, um den Zustand zu verbessern und die Altstadt sicherer zu machen. Eine heutige Beschlussfassung über die konkrete Wiedereinführung einer Sperrstunde wolle man nicht, obwohl die Polizei und auch das Ordnungsamt davon ausgingen, dass man so die Probleme beseitige. Er bittet um Zustimmung.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0049/2012) und ergänzt, dass sich Sperrstunde derzeit nach der Gaststättenverordnung richte. Eine Erweiterung dieser sei im Grunde genommen nur möglich, wenn Koblenz einen Sondertatbestand erfülle. Im Letzten Jahr habe man auf Bitten des Rates beim Städtetag Rheinland- Pfalz nachgefragt und dieser habe gesagt es bestehe kein Handlungsbedarf einen entsprechenden Antrag beim Land hervorzubringen. Tatsächlich habe Koblenz aber eine Sonderstellung. Es handle sich um ein Oberzentrum mit einem großen Einzugsgebiet. Aufgrund attraktiver Plätze, Straßen und Gastronomien erfahre man einen großen Zuzug vom Land in die Stadt. Dort wo mehr Menschen aufeinander träfen, sei die Gefahr selbstverständlich größer. Am 19.04.2012 habe sie sich zusammen mit der Polizei über diese Entwicklung unterhalten. Diese berichtete, dass sich die Einsätze von zuvor bis 3 Uhr, nun auf einen Zeitraum zwischen 3 und 5 Uhr verschoben hätten. Es sei vereinbart worden, über den Sommer die Situation mit einem verstärkten Personaleinsatz nochmals zu beobachten, um statistischer darzustellen zu können ob manche Bereiche mehr gefährdet seien als andere.

Rm Dr. Kneis (BIZ) begrüßt die Idee. Die BIZ- Fraktion habe bereits früher vorgeschlagen eine feste Polizeistation in der Altstadt zu installieren. Er ist der Meinung, dieser Antrag gehöre in die Ausschüsse. Die Sommermonate sollen man, wie vorgeschlagen abwarten, und anschließend noch mal diskutieren.

Rm Coßmann (CDU) erklärt, die CDU Fraktion rege an, in der Sommerpause die Gefahrenabwehrverordnung konsequenter anzuwenden.

FBG- Fraktionsvorsitzender (Gniffke) nimmt Bezug auf Rm Dr. Kneis. Eine Polizeistation einzurichten ginge nicht so einfach. Er bekomme von den Anwohnern in der Altstadt mit, dass es nicht mehr so weiter gehen könne. An sich sei man froh, dass etwas los sei, aber dies müsse in einem angemessenen Rahmen stattfinden. Er fordert, die Gefahrenabwehrverordnung einzuhalten und Konsequenzen wie Geldbußen und Schließungen zu ziehen. Vor allem seien es immer dieselben Gastronomen, die ohne Rücksicht auf die Nachbarschaft, negativ auffielen.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein knüpft an die Einhaltung der Gefahrenabwehrverordnung an. Erst vor zwei Monaten habe man eine Kneipe geschlossen, deren Gastronom nun keine Konzession mehr habe. Das Ordnungsamt werde im Sommer prüfen, wo die konkreten Gefahrenstellen liegen und nach der rechtlichen Beurteilung mit den Betroffenen Gespräche führen.

Rm Lehmkuhler (SPD) schildert, dass das Hauptproblem sei, dass Kinder und Jugendliche auf den Straßen und Plätzen Alkohol trinken würden. Ein Kausalzusammenhang zu den Gaststätten

sei schwer nachzuweisen. Die Betriebe interessierten sich nicht dafür, wenn die Jugendlichen außerhalb trinken, da sie nichts daran verdienen. Man müsse eine umfassendere Lösungsmöglichkeit finden. Er schlage, ab einer gewissen Uhrzeit an Tankstellen keine alkoholischen Getränke mehr zu verkaufen; ebenso wie bestimmte Geschäfte am Bahnhof.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid schließt sich seinem Vorredner an. Dieses Problem könne man nicht auf kommunaler Ebene klären. Vielmehr liege es am Vollzug der Landesbehörden. Der Innenminister müsse hier zum Beispiel den Personaleinsatz überdenken.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke wiederholt sein Anliegen. Man wolle heute keine Sperrstunde, sondern nur geregelt wissen, dass wenn Gespräche geführt werden würden, auch die Anwohner gefragt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass bereits Gespräche geführt worden sein und Frau Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein auch beabsichtige weitere Gespräche zu führen. Er fragt, ob die antragstellende Fraktion über den Antrag abstimmen wolle.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke antwortet, die Fraktion verzichte auf eine Abstimmung, wenn zugesagt und zu Protokoll gegeben werde, dass die Verwaltung mit allen Beteiligten, auch mit den Anwohnern spreche. Damit sei der Antrag erledigt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt ihm dies zu und erklärt den Antrag als erledigt.